



Dr. Wolfgang Schäuble

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion Bonn

„Zukunftsfragen deutscher Politik“

Ich bedanke mich sehr für Ihr freundliches Willkommen, für die Freude und Ehre, bei Ihnen sein und zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Meine Damen und Herren, es wird darüber nachzudenken sein, welches die Zukunftsfragen der deutschen Politik sind. Die Sicherung oder Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist ganz gewiss eine der großen Zukunftsfragen deutscher Politik. Aber manchmal denke ich, dass wir noch tiefer bohren müssen, auch um Antworten auf die Frage zu finden, warum wir uns bei der Lösung unserer Probleme so schwer tun.

1.

Ich habe kürzlich von einem Amerikaner gehört, die Deutschen seien ein merkwürdiges Volk. Da hätten sie es nun fertig gebracht, in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts so fürchterliche Dinge mit so fürchterlichen Ergebnissen zu machen, wie sie im Jahre 1945 zu sehen waren. Dann hätten sie aus diesem totalen Desaster innerhalb weniger Jahre und Jahrzehnte mit einer ungeheuren Anstrengung etwas geschaffen, was eine „stabile Demokratie“ und „Wirtschaftswunder“ genannt wurde. Alle sagten, sie seien ungeheuer fleißig, und manche in Europa spotteten schon darüber. Jetzt, ein paar Jahrzehnte später, beschäftigen sie sich nur noch mit Freizeit, Sorgen und Zukunftsängsten und seien Weltmeister, was die Kürze der Lebensarbeitszeit und jährlichen Arbeitszeit betreffe – das genaue Gegenteil innerhalb weniger Jahrzehnte! Ich meine, daran ist irgendetwas, und hätte jetzt kein Problem, es mit vielen Beispielen belegen zu können. Mitunter muss man schon ausdrücklich daran erinnern, dass die Ereignisse in den Jahren 1989 und 1990 – welche schwierige Folgen sie auch immer haben – doch insgesamt eher erfreuliche Ereignisse gewesen sind, die immerhin wir Deutsche bewerkstelligt haben.

Doch wenn Sie, um beim Beispiel zu bleiben, die Debatten im Einzelnen verfolgen – und einer, der es zum Beispiel gewagt hat, in Bonn für den Umzug nach Berlin zu plädieren, weiß, wovon er spricht – und wenn Sie dann tagtäglich erleben, welche Anstrengungen immer noch unternommen werden, um den Umzug zu verhindern, dann sehen Sie, wie schwer wir uns tun, auf neue Herausforderungen zu reagieren und Besitzstände zu überwinden. Aber, meine Damen und Herren, damit Sie nicht meinen, die Bonner zeigten in der Hauptstadtfrage ein besonderes Verhalten: Alle westdeutschen Regierungschefs waren damals gegen die Hauptstadt Berlin. Und selbst der Hamburger Bürgermeister wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich so indiskret bin, an Folgendes zu erinnern: Er hat auf meine Einlassung: Das kann doch nicht wahr sein, der Erste Bürgermeister der stolzen Freien und Hansestadt Hamburg muss doch Verständnis dafür haben, wenn wir über vier Jahrzehnte lang gesagt haben: „Berlin ist die deutsche Hauptstadt!“, dann ist sie es jetzt auch, wenn sich die Chance dazu bietet!, entgegnet: Aber dann ist Hamburg ja nur noch die zweitgrößte Stadt in Deutschland, und warum soll die größte auch noch Hauptstadt sein? So ist nun einmal die Denkweise, und das ist nichts Spezifisches.

2.

Deswegen meine ich, dass wir – und das ist aus meiner Sicht eine der Zukunftsfragen – darüber nachdenken müssen, ob möglicherweise, wie jedenfalls bei uns im Süddeutschen der Volksmund sagt, „Wohlstand auch Plage sein kann“, ob Jahrzehnte steigender Prosperität, einer sozialen Sicherheit, wie wir sie nie zuvor gekannt haben und die in der Welt noch immer ihresgleichen sucht, sowie die Abwesenheit außenpolitischer Herausforderungen dazu geführt haben, dass wir ein wenig bequem geworden sind und

Dr. jur. Wolfgang Schäuble
18. September 1942. CDU-Politiker.
In Freiburg geboren. Dort und in
Hamburg Studium der Rechts- und
Wirtschaftswissenschaften. Nach der
Promotion 1971 Eintritt in die Steuer-
verwaltung des Landes Baden-Württem-
berg. 1978–1984 Rechtsanwalt beim
Landgericht Offenburg. Politisch aktiv
in der Jungen Union, seit 1965 Mitglied
der Funktionsträger der CDU. Seit
1972 MdB. 1984–1989 Kanzleramts-
chef unter Helmut Kohl, 1989–1991
Bundesinnenminister. Seit einem
Attentat 1990 Rollstuhlfahrer.
1991–2000 Fraktionsvorsitzender.

unsere Fähigkeit, wettbewerbsfähig zu bleiben, darunter gelitten hat. Ist es nicht so, dass wir als Folge von Jahrzehnten steigenden Wohlstands, die es erlaubt haben, jeden Verteilungskonflikt immer aus dem Zuwachs zu lösen, so dass man nie in Besitzstände eingreifen musste, die Verteidigung von Besitzständen in einem Maße nicht nur betreiben, sondern geradezu automatisiert haben als Reaktion? Auch unsere Bereitschaft, in Besitzstände eingreifen zu lassen, hat gerade in der heutigen Zeit gelitten, die von so durchgreifenden Veränderungen geprägt ist.

Kurz vor dieser Veranstaltung habe ich mich über die Fusion von Berlin und Brandenburg unterhalten. Über die Chancen, ob die Volksabstimmung in Berlin und Brandenburg ein positives Ergebnis erbringen wird, will ich nicht weiter spekulieren.

Ich hoffe es sehr, und ich habe Herrn Voscherau auch angeboten, bei jedem Bemühen, eine Länderneugliederung woanders zu erreichen, immer an der Front derjenigen zu sein, die sich dafür einsetzen. Aber die Erwartungen, dass wir so etwas in Deutschland in absehbarer Zeit zustande bekommen, sind bei den meisten einigermaßen gering. Unsere Fähigkeit, Veränderungen durchzusetzen, ist gefordert. Die Regierungschefs von Berlin und Brandenburg haben das getan, was man üblicherweise von ihnen erwartet. Sie haben sich nämlich, auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen, durchgesetzt, haben die entsprechenden Beschlüsse in den Parlamenten zustande gebracht. Das alles ist ratifiziert, jetzt muss nur noch die Bevölkerung zustimmen. Und die mag möglicherweise nicht. Nun ist die Schweizer Demokratie auch nicht gerade für ihre Innovationen bekannt, obwohl die Schweizer vor einigen Jahren in Appenzell-Innerrodun immerhin sogar das Frauenstimmrecht eingeführt haben – die Frauen mussten Jahrzehnte dafür kämpfen –, aber der Europäischen Union, nicht einmal dem Europäischen Wirtschaftsraum sind sie bis heute beigetreten.

3.

Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und mit dem Ende der europäischen, durch Jalta vorgegebenen Teilung haben wir eine Globalisierung politischer, ökonomischer, auch ökologischer Entwicklungen, wie sie es nie zuvor gegeben hat, und stehen nun in einem Wettbewerb mit jedem Standort der Erde. Wir wissen inzwischen, dass die keynesianischen Rezepte, mit reiner Nachfragestimulierung die Probleme unzureichenden wirtschaftlichen Wachstums zu lösen, nicht mehr greifen, weil die ökonomischen Probleme in unserem Lande mit Nachfragestimulierung nicht mehr zu lösen sind. Denn die Frage, wo wir Nachfrage haben, beantwortet nicht die Frage, wo wir die Produktion haben. Ein Verlag, der seinen Standort in einem kleineren Ort als der großen Hansestadt Hamburg, aber in einem bedeutenden Wahlkreis hat, nämlich Offenburg – es ist der meine –, hat kürzlich in einer Pressemitteilung darüber informiert, man müsse eine Druckerei in Deutschland schließen und in einer anderen erhebliche Veränderungen vornehmen, weil man in einer vergleichbaren Druckerei ganz in der Nähe, im Oberelsass, also in Frankreich, genau zur Hälfte der Kosten produziere. Schuld daran sei u.a. ein Tarifvertrag, der vorschreibe, dass an der gleichen Druckmaschine, an der im Elsass zwei Beschäftigte tätig seien, in Deutschland vier Beschäftigte arbeiten müssten. Man beschäftige den Heizer auf der E-Lok! Ich dachte, das sei eine englische Krankheit gewesen, aber es gehört offenbar zur Wirklichkeit im deutschen Tarifrecht. Und Sie, die Sie hier versammelt sind, werden besser wissen als ich, wie schwierig es ist, daran etwas zu ändern.

Wir werden es auch nicht damit ändern, indem wir die Lösung immer nur von der Politik einfordern. In den meisten Zielen sind wir uns einig: Wir brauchen einen schlankeren Staat – darauf komme ich noch zu sprechen –, die Rückführung der Staatsquote und dergleichen mehr, aber wenn wir dann lange genug über einen schlankeren Staat und den Abbau bürokratischer Regelungen und Wucherungen gesprochen haben, dann kommt die Forderung nach der Allzuständigkeit der Politik, wozu u.a. all das gehört, wofür an und für sich die Tarifpartner zuständig sind. Und hinter dieser Forderung verbirgt sich genau das Gegenteil eines schlankeren Staates, nämlich die Einför-

derung oder die Aufkündigung der Freiheitselemente unserer sozialen Marktwirtschaft, zu denen Tarifautonomie gehört und auch in der Zukunft gehören muss.

Man kann nicht den schlanken Staat fordern und im gleichen Atemzug der Politik sämtliche Verantwortlichkeiten zuschreiben. Weder der Bürgermeister der Hansestadt Hamburg noch der Bundeskanzler Helmut Kohl können dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Tarifverträge nicht zu beschäftigungskonformen Ergebnissen kommen. Wie aber sollen Änderungen durchgesetzt werden? In einer Zeit, in der sich aus vielfältigen inneren und äußeren Entwicklungen Veränderungen schneller und in größerem Ausmaß vollziehen, ist es für mich die wichtigste Zukunftsfrage, ob und wie wir es schaffen, in einem stärkeren Maße auf Veränderungen reagieren zu können, also nicht nur im Wirtschaftlichen und Technologischen, sondern in allen Bereichen flexibler und innovationsfreudiger zu werden – eine größere Fähigkeit zu Veränderungen zu erlangen, was nach 50 Jahren Frieden und wachsendem Wohlstand mitunter nicht ganz einfach ist.

Hinzu tritt die demographische Entwicklung, die in Deutschland in der Kombination steigender Lebenserwartung und zurückgegangener Geburtenzahlen stattgefunden hat und stattfindet. Übrigens: Allen Umweltskandalen und Nahrungsmittelvergiftungen zum Trotz steigt die Lebenserwartung – das ist eigentlich ein Paradoxon. Wenn man die Berichte mancher Magazine verfolgt, möchte man kaum glauben, dass man noch am Leben ist. Das ist wahrscheinlich die virtuelle Wirklichkeit, von der so viel gesprochen wird. Tatsächlich steigt die Lebenserwartung, und zwar erheblich. So steigt sie übrigens auch in den neuen Bundesländern seit 1989 signifikant an, was diejenigen, die sagen, in den neuen Bundesländern stehe es noch lange nicht zum Besten, gelegentlich unterschlagen. Dass die Lebenserwartung der Menschen dort kräftig gestiegen ist, zeigt auch, welche Fortschritte schon in der Umweltsanierung gemacht worden sind. Die steigende Lebenserwartung aber läuft parallel mit zurückgegangenen Geburtenzahlen. Aus dieser Hebelwirkung erhöht sich in kurzer Zeit und mit zunehmender Geschwindigkeit der Anteil älterer Menschen in unserer Bevölkerung.

Und dazu passt es nun gar nicht, die Lebensarbeitszeit immer weiter zu verkürzen, auch indem die Ausbildungszeiten immer länger werden. Womit ich folgende Anregung verbinden möchte: Es sollte ein Preis für die innovationsfeindlichste Institution gestiftet werden, etwa in der Art der Vergabe von „Zitronen“, und wenn dies jedes Jahr erfolgte, würde wahrscheinlich die Kultusministerkonferenz in schöner Regelmäßigkeit alle Chancen haben, einen der ersten Plätze zu belegen. Warum? Weil sie nach dem Einstimmigkeitsprinzip arbeiten muss – denn wir handeln in Deutschland immer nach dem Prinzip des schlechten Gewissens und haben Angst, dass unser Föderalismus – der etwas Gutes ist – zu unterschiedlichen Ergebnissen führen könnte. Und als Ergebnis des Ganzen wird dann so lange geschliffen, bis man harmonisiert hat und irgendwie auf ein gemeinsames Niveau gekommen ist. Dagegen sind Kanzlerrunden außerordentlich innovative Veranstaltungen! Um es an einem Beispiel klarzumachen: Wir zwingen die neuen Bundesländer immer noch, die Schulzeit auf 13 Jahre auszudehnen, anstatt dass wir uns im Zuge der Wiedervereinigung endlich dazu durchgerungen hätten, die Schulzeit in Deutschland wenigstens auf zwölf Jahre zu verkürzen. Wir schaffen es nicht und die Kultusministerkonferenz ganz bestimmt nicht.

Ich bin an diesem Thema, weil es für mich in vielfältigen Bereichen zu den Zukunftsfragen deutscher Politik gehört, und da Politik in unserer freiheitlichen Gesellschaft Gott sei Dank nicht verordnet werden kann, kann man nur immer wieder darüber reden, es bewusst machen und dadurch Verbündete zu gewinnen versuchen. Das gilt natürlich auch und in besonderem Maße für die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes, denen ich nicht ausweichen will.

4.

Sie alle kennen diese Probleme, und ich brauche hier weder eine Ursachenanalyse zu betreiben noch eine Beschreibung aller möglichen problematischen Entwicklungen, von Lohnkostenvergleichen, Lohnzusatzkosten und

Arbeitszeiten. Sie wissen es alle. Und wenn Sie mir – um es abzukürzen – zutrauen, dass ich es auch weiß, dann können wir sagen: Es kann jedenfalls nicht so bleiben, wir können nicht so weitermachen. Weswegen ich übrigens auch glaube, dass diejenigen nicht richtig liegen, die in Anbetracht des Trends zur Rationalisierung in Industrie und großen Verwaltungen annehmen, wir könnten die damit verbundenen Probleme unseres Arbeitsmarktes durch die Verkürzung von Arbeitszeiten lösen. Denn sie übersehen, dass wir dann eigentlich keine Probleme haben dürften, weil wir weltweit bereits die niedrigsten Arbeitszeiten haben. Dies kann nicht der Lösungsansatz sein.

Arbeitszeitverkürzung ist ein untaugliches Mittel zur Lösung der Probleme. Über kollektive Arbeitszeitverkürzungen werden die Kosten und damit die Preise verteuert und über die Erhöhung der Preise die Nachfrage verringert. Denn der Arbeitsmarkt ist ein Markt, der bestimmt wird durch Angebot und Nachfrage, und das Ergebnis – die Zahl der Arbeitsplätze – ist nicht wie ein Kuchen schon durch die Kuchenform vorbestimmt, sondern es ist ein marktwirtschaftlicher Prozess, bei dem der Preis des Faktors Arbeit die entscheidende Rolle spielt, weil er über die Größe des Kuchens bestimmt. Die Menge an Arbeit in einer Volkswirtschaft ist nun einmal keine vorgegebene Größe, die möglichst „gerecht“ verteilt werden kann oder verteilt werden muss. Sondern sie muss über das selbst gesetzte interne Preis-/Leistungsverhältnis der Produkte und Dienstleistungen im Wettbewerb mit anderen Konkurrenten erkämpft und immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Alle internationalen Statistiken beweisen, dass die Länder, die in den letzten Jahren mit Deutschland vergleichbare Wachstumsraten gehabt haben, durch wesentlich höhere Arbeitszeiten zu einem deutlich stärkeren Beschäftigungswachstum gekommen sind, als es bei uns der Fall war. Dort haben sich Wachstum und Beschäftigung nicht voneinander abgekoppelt. In unserem Land aber mit den niedrigsten Arbeitszeiten hat die stärkste Abkoppelung von Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung unter allen westlichen Industrieländern stattgefunden.

5.

Also kann das nicht der Lösungsansatz sein, und wir müssen versuchen, einen anderen Weg zu gehen. Dieser Weg kann zunächst einmal, was den Staat betrifft, nur über die Zurückdrängung des Staatseinflusses erfolgen. Die Staatsquote in unserem Land ist mit gegenwärtig knapp über 50 Prozent, finanziert durch Steuern, Abgaben und Neuverschuldung, entschieden zu hoch. Und die Kehrseite der Medaille ist, dass die Steuer- und Abgabenlast mit 44 Prozent ebenfalls zu hoch ist. Dies wirkt sich in der Unternehmensbesteuerung aus wie auch in der hohen Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen bei den Arbeitnehmern und daraus folgend in der zu geringen Differenz zwischen Einkommen aus Arbeit und Einkommen ohne Arbeit, also den Lohnersatzleistungen. Und deswegen mache ich darauf aufmerksam, dass es auch für die Motivation breiter Schichten der Bevölkerung von einer langfristig verheerenden Wirkung ist, wenn man ohne Arbeit ein höheres Einkommen erzielt als mit Arbeit. Ein Staat, der in einem so erheblichen Maße für die Vorsorge aller Lebensprobleme in Anspruch genommen wird, fördert eben vielfältigst auch Lähmungerscheinungen und Demotivationsprozesse, von denen ich anfangs gesprochen habe.

Vor ein paar Jahren ist ein Reiseveranstalter in Konkurs gegangen, und die Leute hatten Probleme, aus der Karibik wieder zurückzukommen. Da die Not hierzulande so groß ist, gehört es ja zur Wirklichkeit, dass wir alle paar Monate einmal fliehen müssen, um uns beispielsweise in der Karibik von dem Elend im eigenen Land zu erholen. Wer war dafür verantwortlich, dass die Leute durch den Konkurs des Reiseveranstalters nicht etwa noch ein paar Mark verloren haben? Der Staat! Man hat gesagt, es hätte eigentlich längst eine Haftpflichtversicherung für ein solches Konkursrisiko geben müssen. Warum müssen wir eigentlich kollektive Vorsorge für den Fall treffen, dass wir einem unseriösen Reiseveranstalter in die Hände fallen?

Aber geklagt wird auch dann, wenn wir über unsere Kinder oder über die junge Generation nachdenken, und viele reden schnell vom Versagen der

Schule oder der Lehrer, ohne sich die geringste Mühe zu machen, darüber nachzudenken, dass es angesichts des Verlustes des Monopols auf Informationsvermittlung durch Schule und Elternhaus gegenüber dem Fernsehen für Lehrer heutzutage unverhältnismäßig schwerer sein mag als früher, junge Menschen zu erziehen oder auszubilden. Aber viele vergessen beim Schimpfen über die Lehrer dann, was die Elternhäuser nicht mehr zu leisten vermögen, und sagen: Der Staat versagt bei der Erziehung unserer Kinder!

6.

Eine zu hohe Staatsquote demotiviert, weil sie kennzeichnend dafür ist, dass immer mehr auf den Staat oder die kollektiven Systeme abgeschoben wird, die für die Lösung aller Probleme oder für die Vorsorge gegenüber allen Lebensrisiken verantwortlich gemacht werden. Auch weiß man aus dem alten Rom, dass eine bestimmte Höhe der Steuer- und Abgabenquote zwangsläufig dazu führt, dass die Versuchungen und die Findigkeiten, der Besteuerung auszuweichen, exorbitant zunehmen. Die Bürger werden immer kreativer und erfindungsreicher sein als noch so viel staatliche Kontrolle oder eine noch so perfekte Gesetzgebung. Deswegen brauchen wir uns auch nicht darüber zu wundern, dass wir bei der Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung, die die Kehrseite der hohen Staatsquote ist, eine wachsende Neigung zur Steuerunehrlichkeit haben. Wir werden unsere ökonomischen Probleme nur lösen können, wenn wir uns in einem stärkeren Maße darüber im Klaren sind, dass ein zu großes Abschieben der Verantwortung für Daseinsvorsorge und anderes auf kollektive Systeme letztlich der falsche Weg sein muss. Und bei einer Staatsquote von rund 50 Prozent sind wir in einem kritischen ökonomischen Bereich.

Nun muss ich zum Lobe der Bundesregierung, die ich, so gut ich kann, aus Überzeugung unterstütze, darauf hinweisen, dass wir 1982 beim Wechsel des Ehrenmitglieds Ihres Clubs zu meinem Bundeskanzler eine Staatsquote von über 50 Prozent hatten. Viele haben vergessen, dass diese Bundesregierung es war, die die Staatsquote bis 1989 auf unter 46 Prozent zurückgeführt hat. Wir haben in den 80er Jahren durch eine Kombination maßvoller Ausgabensteigerungen in allen Bereichen und nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum gezeigt, dass dies möglich ist, und ich bin optimistisch, dass wir die Staatsquote, die nun im Zuge der Wiedervereinigung wieder auf 50 Prozent angestiegen ist, bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 46 Prozent zurückführen werden, so wie CDU, CSU und FDP sich das in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen und verabschiedet haben. Denn nur über eine Rückführung der Staatsquote erschließen wir uns die erforderlichen Spielräume, um zu einer wirklichen Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung zu kommen. Die Staatsquote zu senken ist die entscheidende ökonomische Aufgabe. Und deswegen ist das, worüber in diesen Tagen und morgen in den Fraktionen und am Freitag im Deutschen Bundestag debattiert und beraten wird und wir Entscheidungen treffen werden, nicht nur eine Veranstaltung zum Sparen und zum Konsolidieren, sondern sie ist mit jedem Schritt, die den öffentlichen Korridor schlanker macht, anstatt ihn zu verbreitern, ein Arbeiten an der Lösung der größten Zukunftsfrage deutscher Politik, der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Das festzustellen ist mir deswegen wichtig, weil ja jetzt immer gesagt wird: Wir sparen, und welche Opfer werden noch von uns verlangt?

Ich bin kürzlich gefragt worden: Was kommt bei Ihrer Sparaktion auf die Arbeitslosen zu? Ich habe geantwortet: Bessere Aussichten auf Arbeitsplätze kommen auf sie zu! Das sind keine Grausamkeiten.

7.

„1,85 Prozent Lohnerhöhung – wovon sollen wir leben?“ hat eine große Zeitung mit großen Buchstaben nach dem Schlichtungsspruch in der Bauwirtschaft geschrieben. Bei uns ist die Neigung sehr ausgeprägt, jeden Schritt zu dramatisieren und zu übertreiben. Und diese Tendenz nimmt zu, vielleicht auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Die Angst vor der Zukunft oder der Mut zur Zukunft nehmen eher ab, je besser es uns geht.

Natürlich sind die Probleme dieser Welt, außen- wie innenpolitisch, ungeheuer schwierig und ungeheuer komplex, und niemand verfügt über die vollkommenen Antworten, die man in der Geschichte übrigens nie gehabt hat. Obwohl wir heute unter besseren materiellen Bedingungen leben – und dieses nicht nur wirtschaftlich gesehen, sondern auch, was die Sicherheit, was die Chance auf ein Leben in Frieden anbetrifft – die atomare Bedrohung in der Form des atomaren Patts, von der wir bis 1989 gar nicht wussten, wie sie sich auflösen sollte, ist verschwunden und entfallen –, nimmt die Angst eher zu. Und die Klimakatastrophe – mit Verlaub gesagt – bestand dieses Jahr darin, dass die Alster erstaunlich lange fest zugefroren war!

Ich möchte mit diesen Bemerkungen die Probleme weiß Gott nicht verharmlosen, ich will aber aufzeigen, dass wir uns mit dieser Neigung zur Ängstlichkeit, zur Dramatisierung und zur Übertreibung die Spielräume für Lösungen eher erschweren. Andererseits ist der politisch tatsächlich gegebene Spielraum für Veränderungen kurzfristig geringer, als man ihn sich wünschen würde. Ich glaube nicht, dass das an der Fähigkeit oder Unfähigkeit des jeweils Handelnden liegt. Deswegen versuche ich, einen gesellschaftlichen Befund zu skizzieren, um zu beschreiben: Wir dürfen die Erwartungen an die Führungsfähigkeit der Politik nicht überstrapazieren, wir dürfen nicht den Fehler machen, bei der Politik die Lösung der Probleme einzufordern, die von anderen – bei der Beschäftigung sind es in erster Linie die Tarifpartner – gelöst werden müssen.

8.

Was also können wir tun, und woran arbeiten wir? Wir arbeiten daran, die Staatsquote wieder zurückzuführen, indem wir im Bundeshaushalt – die Länder und Gemeinden müssen in ihrer Verantwortung das Entsprechende tun, weil sie für die Höhe der Staatsquote zu drei Vierteln verantwortlich sind – Einsparungen vornehmen. Wir müssen Gesetze verabschieden, die zum überwiegenden Teil der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Im Bundesrat haben die Wähler andere Mehrheiten verfügt als im Bundestag. Ich habe nicht dazu geraten, aber es sind dieselben Wähler. Es sind ihre Entscheidungen, und sie sind zu respektieren. Deswegen gibt es mitunter ein fürchterliches Gezerre, ein Ausgleichen oder Austragen von Interessen. Denn um finanzielle Mittel, die alle knapp sind, gibt es immer harte Verteilungskämpfe. Da kennen Landesregierungschefs unter Umständen dann auch nicht mehr Rücksichtnahmen auf Parteifreunde, was institutionell auch so gewollt ist. In diesem Rahmen müssen wir gleichwohl die Staatsquote zurückführen, indem wir in den öffentlichen Haushalten durch gesetzliche und andere Eingriffe Einsparungen vornehmen. Zweitens müssen wir in dem Teil von Lohnzusatzkosten, der durch den Gesetzgeber mitverursacht worden ist – wobei ich mir den Hinweis gestatte, dass immerhin 60 Prozent der Lohnzusatzkosten auf Vereinbarungen der Tarifpartner zurückgehen –, den Anstieg zurückführen und zu einer stärkeren Bekämpfung der Versuchung kommen, alles auf kollektive Systeme abzuschieben. Deswegen werden Veränderungen in allen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme notwendig sein, um diese sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig zu erhalten.

Daher werden wir, nachdem die Bemühungen von Wirtschaft und Gewerkschaften, etwa in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall selbst das Problem zu lösen – was am 23. Januar 1996 im Kanzleramt so von beiden Seiten angekündigt worden war –, nicht zu einem Ergebnis geführt haben, wir andererseits die Tarifautonomie respektieren müssen – denn wir können als Gesetzgeber nicht in die Tarifverträge eingreifen –, für den Teil, der tarifvertraglich nicht geregelt ist, gesetzliche Regelungen vollziehen müssen. Diese werden im Bereich der Lohnfortzahlung beschreiben, was wir für notwendig, richtig und zumutbar halten, und wir werden dann darauf vertrauen, dass diese Regelungen auch in dem tarifvertraglichen Bereich umgesetzt werden. Schließlich geht es bei der Lohnfortzahlung um einen Kostenblock, der die Lohnzusatzkosten allein um gut fünf Prozentpunkte belastet. Wir werden hier voranschreiten und nicht den Weg fortsetzen, mit zu hohen Kosten immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen.

Diese Debatte wird schwer zu führen sein, auch gegen die Vorstellungen der Opposition, nach deren Meinung es viel leichter wäre, die Probleme zu hoher Sozialversicherungsbeiträge dadurch zu lösen, indem man einen größeren Teil der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme nicht mehr durch Beiträge, sondern aus den öffentlichen Haushalten, also durch Steuern, finanziert. Ich behaupte nicht, dass an diesem Argument nicht etwas Bedenkenswertes sei oder dass es nicht zu vertreten wäre, aber der Grund, warum ich in der Lage des Jahres 1996 diesem Weg nicht zustimmen kann, sondern für das Gegenteil bin, ist nach meiner Überzeugung folgender: Wenn wir in der jetzigen Situation für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme eine andere Finanzierung anbieten würden – man nennt dies Umschichten oder Umfinanzieren –, dann wird es zu Einsparungen bei den Ausgaben nicht kommen. Würden wir heute durch Umfinanzierungen in Arbeitslosen- oder Rentenversicherung den Druck auf Einsparungen verringern, werden wir die Staatsquote nicht zurückführen. Denn es ist egal, ob die Staatsquote mit Steuern oder Beiträgen finanziert wird. Zunächst einmal müssen wir die Ausgaben zurückführen, ehe wir zu grundsätzlicheren Debatten über die Wahl der langfristig geeigneteren Finanzierungsformen in Deutschland kommen können. Kurzfristig haben Einsparungen Vorrang für den Abbau auf der Ausgabenseite, und da sind Umfinanzierungen falsch.

Die andere Debatte wird sein, ob wir das Ganze mit einem anderen Politikbereich, auch einer wichtigen Zukunftsfrage deutscher Politik, verbinden sollten, nämlich mit der Frage: Können wir mit ökologischen Ressourcen nicht sparsamer umgehen? Ich will auch da aus meiner Meinung keinen Hehl machen, dass auf längere Sicht das beharrliche Arbeiten daran, dass wir mit dem Verbrauch von Umwelt in jeder Form sparsamer umgehen, als wir es bis vor kurzem gewohnt waren, notwendig und richtig bleibt. Ich glaube übrigens, dass das Umweltthema einer der Gründe ist, warum bei uns Zukunftsangst mehr verbreitet ist als Zuversicht und Hoffnung, was aus meiner Sicht eines der großen Defizite ist, die man lösen muss. Und ich denke auch, dass die Frage der Überlebensfähigkeit unserer Erde für die innere Motivation unserer Gesellschaft wichtig ist: Also nehme ich ökologische Themen ausgesprochen wichtig und nicht leicht.

Gleichwohl glaube ich, dass in der heutigen Situation eine „ökologische Steuerreform“, wie es die Oppositionsfractionen nennen, also eine Erhebung von Steuern auf Energieverbrauch zur Lösung finanzieller Probleme anderer Art, aus zwei Gründen nicht der geeignete Weg ist: erstens, weil wir auch damit den Zwang zur Einsparung verringern, den ich für prioritär notwendig halte, und zweitens, weil das Problem des Wirtschaftsstandortes Deutschland in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen westeuropäischen Anbietern ist. Unsere Hauptwettbewerber um Arbeitsplatz- und Investitionsstandorte sind immer noch die westeuropäischen Nachbarn, und dazu zählt der Umstand, dass unsere Strompreise eben 25 Prozent höher sind als im westeuropäischen Ausland. Und alles, was wir tun, um die Kostensituation im Vergleich zu anderen Standorten in Europa zu verschlechtern, wird am Ende der Wirtschaft in Deutschland nicht helfen, den Arbeitsplätzen nicht und der Umwelt in Europa auch nicht. Denn in den meisten anderen europäischen Ländern wird nicht mit höheren, sondern mit niedrigeren Umweltstandards produziert, wie ich Ihnen aus meinen konkreten Erfahrungen am Oberrhein berichten könnte. Wenn ich nun sämtliche Fakten würdige, dann bleibt, und damit bin ich wieder bei meinem Thema: Wir müssen den schwereren, unbequemerem Weg der Lösung unserer Probleme durch Einsparungen gehen.

9.

Es gibt nicht wenige, die sagen: „Man sollte viel mehr sparen!“ Und es heißt dann bei der Frage: „Wo?“: „Subventionsabbau!“ Und fragt man nach den Bereichen, dann bekommt man zur Antwort: „Schiffbau, Werften“, und es heißt auch, „die großen Sonderabschreibungen“. Ich habe im Subventionsbericht nachgelesen: Für Schiffbau und Flugzeuge sind die so genannten Subventionen durch Sonderabschreibungen etc. mit 35 Mio. DM jährlich

beschrieben – Millionen! Ich weiß von dem auch von mir geschätzten früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, dass man den Unterschied zwischen Millionen und Milliarden beherzigen muss. Doch 35 Mio. geben zur Lösung von Problemen in einer Größenordnung von 35 Mrd. eine relativ ungeeignete Größenordnung ab, nämlich einen Promillepunkt.

Dann wird noch auf die „Kohle“ verwiesen. Bei den Leistungen für die Kohle sind wir – blende ich das Problem einmal aus, dass wir dafür auch im Bundesrat eine Zustimmung finden müssen – bis zum Jahre 1998 gesetzlich festgelegt, und jeder Versuch, daran etwas zu ändern, würde von den Revierländern durch eine Klage sofort beendet. Die Klage würde möglicherweise auch gewonnen werden. Das aber heißt: Erst ab 1999 können wir die Kohlesubventionen in die Einsparmöglichkeiten einbeziehen, nicht früher.

Dann wird immer wieder auf die „Landwirtschaft“ verwiesen, je nachdem, in welcher Region sich der Betrachter befindet. Sicherlich gibt es hier Einsparmöglichkeiten, gleichwohl möchte ich darauf verweisen, dass die Landwirtschaft der Wirtschaftszweig ist, der bisher insgesamt und auch bezogen auf den Einzelbetrieb die größten ökonomischen Verluste, absolut wie relativ, hinnehmen musste. Deswegen ist der Spielraum zur Lösung der Probleme auch hier gering.

Lange Rede, kurzer Sinn: Der Spielraum, unsere Haushaltsprobleme, unsere Staatsquotenprobleme und unsere Wettbewerbsfähigkeitsprobleme durch Subventionsabbau zu lösen, ist kurzfristig viel geringer, als die meisten glauben. Ich bekomme auch nie konkrete Vorschläge, auch nicht von den Wirtschaftsverbänden, die bei jeder Gelegenheit vom „Subventionsabbau“ sprechen, aber bei der Nachfrage: „Wo?“ kommt das Thema rasch zu einem Ende.

10.

In der Bundesverwaltung kürzen wir seit 1992 Jahr für Jahr die Zahl der Stellen, zunächst 1992/93 um ein Prozent und seit 1994 jährlich um 1,5 Prozent. Dies hält sich, vergleicht man es mit Unternehmen, die Personal abbauen, sicherlich in Grenzen, ist aber für die Wirklichkeit öffentlicher Verwaltungen sehr viel.

Da wir es nun schon im fünften Jahr hintereinander machen, haben wir gegenüber 1992 in der Bundesverwaltung inzwischen insgesamt etwa acht Prozent Stellen abgebaut. Wenn wir bei Ländern und Gemeinden vergleichbare Fortschritte verzeichnen würden, die wir aber nicht haben, wären wir gesamtstaatlich schon ein ganzes Stück weiter. Also bleibt uns nichts anderes übrig, als darüber hinaus etwas zu tun. Deswegen werden wir nachdrücklich dafür eintreten, dass im öffentlichen Dienst eine Nullrunde zustande kommt. Hinzu kommt die Neuregelung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die wir für den Beamtenbereich gesetzgeberisch regeln müssen.

Da der große Teil des öffentlichen Dienstes tarifvertraglich geregelt ist, muss es dort auch durchgesetzt werden. Das wird zwar nicht ganz leicht sein, ist aber zwingend notwendig. Ich bin mir aber auch darüber im Klaren, wie schwierig das sein wird – schließlich habe ich als Innenminister einige Jahre lang Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst geführt, denn die Betroffenheiten von Bund, Ländern und Gemeinden sind mitunter sehr unterschiedlich.

Wir werden versuchen, insbesondere die Unternehmensbesteuerung zu verbessern, d.h., wir machen einen neuen Anlauf, die Gewerbesteuer abzuschiefern, die Gewerbeertragsteuer zu senken, das Ganze durch eine Veränderung bei degressiven Abschreibungssätzen aufkommensneutral zu gestalten und die Gemeinden wegen des damit verbundenen Einnahmenschwunds an der Mehrwertsteuer entsprechend zu beteiligen. Das haben wir zwar alles im letzten Jahr schon einmal versucht, sind aber damals an der SPD-Mehrheit im Bundesrat gescheitert. Aber vielleicht haben wir dieses Mal ja eine bessere Chance, denn in einer Zeit, in der Deutschland mit anderen Wettbewerbern um Investitionen sehr viel stärker konkurrieren muss als früher, können wir Investitionen nicht länger stärker besteuern als andere Länder, wenn wir zu den vielen Nachteilen, die der Standort Deutschland hat, nicht

einen weiteren überflüssigerweise hinzufügen wollen. Deswegen muss die Gewerbesteuer weg. Aber sie verschwindet nicht durch ein Machtwort des Kanzlers, sondern nur durch eine Entscheidung nicht nur des Bundestages, sondern auch des Bundesrates. Anders werden Steuergesetze, die der Zustimmung bedürfen, nicht zustande kommen.

Wir werden die Vermögenssteuer abschaffen – das Aufkommen der Vermögenssteuer steht den Ländern zu –, weil wir überzeugt sind, dass nach dem Urteil des Verfassungsgerichts die Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen ersatzlos entfallen muss. Denn das Urteil des Verfassungsgerichts besagt, dass mit Blick auf die Erbschaftssteuer die Bewertung von Grundvermögen nicht grundsätzlich anders vorgenommen werden darf als die Bewertung von Kapital. Deswegen ist die Abschaffung der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen nur konsequent. Wir werden aber den Teil der Vermögenssteuer, der bisher auf Privatvermögen entfällt, mit der Erbschaftssteuer zusammenfassen. Bei der Diskussion um die Vermögenssteuer wird leicht vergessen, dass der Erhebungsaufwand bei der privaten Vermögenssteuer sehr hoch ist und die von uns nun angestrebte Zusammenfassung der Erbschaftssteuer möglicherweise zu einem höheren Nettoeffekt führt als früher. Wir kombinieren also beides: einen geringeren Erhebungsaufwand und eine Vereinfachung im Steuersystem.

Auch wollen wir private Haushalte als Arbeitgeber in Zukunft steuerlich anerkennen. Das ist zwar für jeden Steuerrechtler – und ich bin auch einmal einer gewesen – fast unvorstellbar, weil wir damit die Kosten der privaten Lebensführung steuerlich abzugsfähig machen. Aber wenn man auf der anderen Seite den rasanten Strukturwandel bei den Arbeitsplätzen verfolgt und berücksichtigt, dass wir in der Industrie langfristig keine zusätzlichen Arbeitsplätze bereitstellen können, sondern eher weniger Arbeitsplätze haben werden – dies kann man beklagen, man kann es aber nicht ändern –, müssen wir, auch wenn es steuerrechtlich nicht ganz einwandfrei ist, den Weg von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft auch auf diese Weise unterstützen. Das heißt übrigens nicht, dass man durch die Dienstleistungsgesellschaft und die Arbeitsplätze dort den Produktionsstandort Deutschland entbehrlich machen kann, denn Dienstleistungen sind ohne industrielle Produktion nicht vorstellbar. Dienstleistungen sind auch keine bloße Alternative für die Arbeitsplatzentwicklung, sondern die Voraussetzung dafür, dass wir Produktionsstandort bleiben.

Zu einer wirtschaftlichen Bestandsaufnahme unseres Landes gehört aber auch, dass sich bei uns die Arbeitsteilung rückwärts entwickelt. Der Leistungsaustausch sollte aber erhöht werden, und deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir private Haushalte, soweit sie reguläre Arbeitgeberfunktion haben, auch steuerlich anerkennen sollten, d.h. sie in den steuerlich relevanten Leistungsaustausch mit einbeziehen. Als ich vor ein paar Jahren die Feststellung wagte, dass sich die Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft zurückentwickelt, sind sofort alle Heimwerkerbedarfsmärkte über mich hergefallen. Dabei habe ich sie gar nicht kritisiert, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, dass es schon ein Paradoxon ist, dass wir in unserer fortschrittlichen Welt immer mehr selbst machen. Leistungsaustausch war aber, wenn ich es richtig begreife, immer das dynamische Element in der Wirtschaftsgeschichte. Bei uns hingegen herrscht der Trend vor, dass wir uns wegen zu hoher Lohn- und Lohnzusatzkosten auch in Richtung auf Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft immer mehr zurückentwickeln. Und deswegen meine ich, müssen wir dringend neue Schritte wagen und private Haushalte als Arbeitgeber steuerlich anerkennen, auch wenn Steuerwissenschaft und Steuerverwaltung voller Entsetzen die Hände heben.

11.

Ich will Ihnen nun nicht alle Maßnahmen im Einzelnen vortragen – das war auch gar nicht meine Absicht –, sondern will nur ein wenig die Richtung beschreiben, in die wir denken und in die wir handeln. Wir setzen darauf, dass wir im Bereich von Forschung und Technologie innovationsfreundlich bleiben müssen. Doch auch dies kann die Politik nicht allein leisten. Ich erinnere

mich noch gut, als ich damals Chef des Kanzleramtes gewesen war und mir die für die industrielle Verantwortung für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zuständige Persönlichkeit mitgeteilt hat, man habe eine Möglichkeit gefunden, die Wiederaufbereitung jetzt in Frankreich über La Hague und nicht in Wackersdorf zu lösen. Mir war sehr wohl bewusst, was das für die „Schlacht“ um die Akzeptanz der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland bedeutet. Wieder einmal ist die Politik als Letzte von den Barrikaden heruntergegangen, aber sie stand schon ganz allein, im Rücken war niemand mehr.

Ich kann auch noch immer nicht verstehen, warum es so schwierig ist, in Norddeutschland hinreichende Zustimmung für den Bau der Transrapidstrecke von Hamburg nach Berlin zu erreichen. Ich weiß, dass Hamburg dafür ist, schwierig ist es nur in Schleswig-Holstein. Und nach dem Wahlergebnis vom 24. März ist es dort sicherlich nicht einfacher geworden. Manche sagen jetzt, es werde ein neuer Subventionstopf. Faktum ist: Wir brauchen eine neue Eisenbahnverbindung zwischen Hamburg und Berlin. Und der Transrapid ist ungefähr so teuer wie eine neue Eisenbahnstrecke. Eines der beiden Verkehrssysteme brauchen wir, weil die Schienenverbindungen zwischen Berlin und Hamburg, den beiden größten deutschen Städten, infolge der deutschen Teilung unzureichend sind. Doch wenn es ungefähr gleich teuer ist, das eine oder das andere zu bauen, kann ich nicht erkennen, warum es nicht richtig sein sollte, eine moderne Verkehrstechnologie in Deutschland zur Anwendung zu bringen und uns neue Märkte zu erschließen. Aber Sie sehen und Sie können es in der Nachbarschaft und im Alltag beobachten: Das Gesetz ist vom Bundestag schon längst verabschiedet, es liegt nicht an der Gesetzgebung, dass es nicht weitergeht, es liegt an den Widerständen.

Ich habe kürzlich bei mir zu Hause eine wunderbare Erfahrung gemacht. In Lahr, dem früheren Hauptquartier der kanadischen Streitkräfte in Europa, ist ein Flugplatz weggefallen. Und jetzt geht es um die weitere Nutzung dieses Flugplatzes. Sofort wird Fluglärm zu einem riesigen Thema gemacht. Es geht um die Frage, ob der Lärm eines Flugzeuges, das zweimal pro Nacht Post transportiert – denn man will auf diesem Flugplatz ein Postzentrum errichten –, zu ertragen sein wird. Nun haben sich alle Fraktionen und sonstige Experten vor ein paar Wochen an einem bestimmten Ort versammelt, um Probe zu hören, wie laut der Fluglärm denn nun wirklich ist und ob man durch ihn gestört wird. Wissen Sie, wie das Ergebnis war? Lahr hat jetzt ein weiteres furchtbares Problem bekommen, weil die Leute bei dieser Gelegenheit festgestellt haben, dass die Züge, die nachts auf der Strecke Hamburg-Frankfurt-Basel verkehren, viel lauter waren als das Flugzeug, das man gar nicht gehört hat. Die Eisenbahn fährt viel zu laut!

Wir haben in konkreten Auseinandersetzungen, in denen es um die Durchsetzung moderner Technologien geht, häufig eine Neigung in der Art, wer sich nicht unbedingt der Auseinandersetzung stellen muss, geht ein wenig beiseite, duckt sich. Es gehört zu den Aufgaben der Eliten in unserer Gesellschaft, die Menschen von der Richtigkeit, der Zuverlässigkeit, der Sicherheit moderner Technologien zu überzeugen. Die geringere Funktionsfähigkeit oder das Nichtvorhandensein von Eliten in unserer egalitärer gewordenen Gesellschaft ist eine der Ursachen der mangelnden Technikakzeptanz in unserem Lande – eine Aufgabe, die die Politik nicht alleine leisten kann. Wie sich unsere Universitäten auch infolge der Überfüllung in Jahrzehnten entwickelt haben, wie wir mit dem Abbau von Autorität auch durch die Entwicklung in den Medien umgehen, das alles sind Probleme, die die Durchsetzungsfähigkeit von Innovationen jedenfalls nicht stärken. Das alles sind Probleme, über die man nachdenken muss, wenn man sich über die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland Gedanken macht – was immer noch mein Zukunftsproblem Nr. 1 ist.

Freiheitsordnung auch für die Zukunft vital erhalten. Manche sagen, wir brauchen uns da keine Sorgen zu machen, denn wir hätten immer noch eine bemerkenswert hohe Wahlbeteiligung und eine geringe Neigung, radikale Parteien zu wählen. Gleichwohl: Wir haben es in Baden-Württemberg, wo ich zu Hause bin – was Sie an meiner Sprache nicht merken würden, deswegen sage ich es –, auch nicht in der Wahlforschung vor den Landtagswahlen wahrgenommen und haben trotzdem gespürt, wie die Republikaner innerhalb weniger Tagen und Wochen wieder in eine Größenordnung gekommen sind, von der ich sage: Es steht uns nicht an, über Österreich zu spotten, denn das Gleiche kann uns schneller, als wir vermuten, ebenso passieren, wenn wir nicht darüber nachdenken: Wie ist das Verhältnis von Ansprüchen und Leistungsbereitschaft des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft? Denn letztlich ist das die entscheidende Frage.

Wir weisen die Parteien auf ihren Mitgliederschwund hin. Aber dieses Phänomen trifft nicht nur auf die Parteien zu: Die Kirchen haben ebenfalls einen vielleicht sogar noch stärkeren Mitgliederschwund, und es gibt Landeskirchen, die sind schon am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Den Gewerkschaften geht es nicht besser, und auch die Sport- und kulturellen Vereine stehen nicht besser da. Was ist der Grund? Die Bereitschaft, sich zu engagieren, nimmt ab. Das ist nun ein Problem, das man weniger den Institutionen vorwerfen kann, als dass man den Menschen sagen muss: Lassen Sie uns doch darüber nachdenken, ob wir nicht ein größeres Maß an Bereitschaft zum Engagement brauchen, wenn wir unsere Freiheitsordnung bewahren und die Bereitschaft zeigen wollen, Rechte und Pflichten einzuhalten und wahrzunehmen, also auch die Interessen und die Rechte anderer zu respektieren und zu wahren, auch wenn man es Sekundärtugenden nennen möge.

Sie sind nicht alles, aber ohne sie ist manches schwierig. So werden wir mit noch so viel Polizei und noch so perfekten Überwachungs- und Übermittlungsmethoden unsere innere Sicherheit nicht wirklich wahrnehmen können. Diejenigen, die jetzt in der ehemaligen DDR sagen, das Problem hätten sie nicht gehabt, erkennen nicht, dass es dort eine andere Form von Alltagskriminalität, nämlich in Gestalt der Stasi, gegeben hat.

Wir sollten schon darauf achten, dass wir in unserer freiheitlichen Gesellschaft in Deutschland nicht eine andere Form von Alltagskriminalität entstehen lassen, die die Kohärenz unserer Freiheitsordnung gefährden könnte: die Art, wie wir mit Minderheiten umgehen. Natürlich müssen wir auch von Staats wegen Vorkehrungen treffen, denn allein mit Appellen an den guten Willen ist es nicht zu schaffen. Nun bin ich jemand, der mit Leidenschaft immer dafür eingetreten ist, Toleranz gegenüber Minderheiten, gegenüber ausländischen Mitbürgern zu wahren. Aber ich habe auch darauf hingewiesen: Der Appell alleine wird nicht reichen, sondern die Vorkehrung, dass die Menschen nicht das Gefühl der Überforderung haben, ist auch notwendig. Die Lichterketten, die dann entstehen, wenn etwas schief gegangen ist, sind verdienstvoll und ehrenwert, aber sie reichen nicht aus. Deswegen brauchen wir Zuzugsbegrenzung und Zuzugssteuerung, und das ist nicht etwa grausam, sondern eine Vorkehrung für Toleranz. Wir brauchen beides zusammen: eine Balance zwischen rechtlichen und vollzogenen Vorkehrungen.

Ich habe einleitend davon gesprochen, dass der Staat nicht zu stark werden darf, weil ein zu starker Staat Freiheitsräume einschränkt. Aber ein zu schwacher Staat könnte Freiheitsräume möglicherweise auch gefährden. So ist meine Sorge heute nicht, dass der Staat zu stark und dass die Freiheit deswegen gefährdet ist, sondern meine Sorge ist, dass der Staat zu schwach wird und dass die Freiheit deswegen Erosionsprozessen unterworfen sein könnte. Und deswegen brauchen wir Einverständnis darüber, was an Eingriffen und an Begrenzung notwendig ist, um die Freiheit zu wahren.

Wir sollten uns auch stärker daran erinnern, dass eine Freiheitsordnung vom Engagement der Bürger lebt. Die demographischen Prozesse und damit auch das Verhältnis von Generationen zueinander kann auch ein Bundeskanzler Kohl nicht nachhaltig verändern. Unsere sozialen Sicherungssysteme, von der gesetzlichen Krankenkasse bis zur Rentenversicherung, haben als zentrales Ursachenproblem die demographische Entwicklung. Der stei-

gende Anteil älterer Menschen wird uns in der Rentenversicherung nicht die Frage ersparen können: Wie muss ein solches Rentensicherungssystem auf solche Veränderungen reagieren? Denn bei der Einführung der dynamischen Rente im Jahre 1957 ist man von der Grundannahme einer zahlenmäßigen Konstanz der Generationen ausgegangen. Diese ist heute nicht mehr gegeben. Die Folgen dieser demographischen Entwicklung wahrzunehmen, zu ertragen und zu akzeptieren ist eine Sache, die die Gesellschaft insgesamt berührt, und nicht nur von Einzelnen, die man glaubt dafür verantwortlich machen zu können.

Die Frage, wie wir Freiheit, Toleranz, gegenseitige Rücksichtnahme, also ein friedliches Zusammenleben unter den Bedingungen der Freiheit, organisieren – das Verhältnis von Individuum zur Gemeinschaft oder von Gemeinschaft zu Individuum in seinen wechselseitigen Inanspruchnahmen –, berührt letztlich die Grundsatzfrage, ob man stärker auf kollektive Regelungen, auch vorsorgende Gerechtigkeit setzen sollte, also der eher sozialistische Ansatz, wobei die Erfahrungen damit in den letzten Jahrzehnten nicht besonders erfolgreich gewesen sind, jedenfalls dort, wo dieses Modell real existiert hat. Dem gegenüber steht der individualistische Ansatz, über den wir aber genauso eine Diskussion haben. Reicht es aus, nur auf die Freiheit des Einzelnen abzustellen, oder ist es nicht notwendig, diesem freiheitlichen Ansatz notwendigerweise auch eine stärkere Bindung an Tugenden und Wertorientierungen beiseite zu stellen, also lauter solche altmodischen Dinge, die aber zu einer Diskussion gehören, die in den USA noch gar nicht so lange und sehr intensiv geführt wird. Dort nennt man es „Kommunitarie“ und die Frage ist: Kann sich der Einzelne in einem stärkeren Maße freiwillig in Verantwortung begeben und in Verantwortung genommen werden für die Gemeinschaft? Ich halte das für notwendig.

Der rein liberalistische Ansatz, der besagt: „je mehr Freiheit, desto besser“, ist im Begriff, durch die Wirklichkeit genauso widerlegt zu werden, wie der sozialistische Ansatz widerlegt worden ist – beide führen zu Erosionen. Wir brauchen entweder stärkere kollektive Regelungen, von denen ich glaube, dass die davon ausgehenden Demotivationseffekte zu stark sind, oder eine stärkere freiwillige Einordnung in ein Wert- und Normengerüst auch von Tugenden. Und wir benötigen in stärkerem Maße Institutionen, die uns solches vermitteln, nämlich eine Rückbesinnung auf Traditionen und Orientierung, auch Erziehung, auch Vorbilder.

Vor diesem Hintergrund verstehen Sie bitte auch meine unfreundliche Bemerkung über die Kultusministerkonferenz: Wir brauchen ein leistungs- und vorbildfähigeres und elitieförderndes Bildungssystem. Damit meine ich nicht, dass wir eine Konzentration der Förderung auf Eliten brauchen. Doch wir werden die Frage der Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft nicht bewältigen ohne die unverzichtbare Vorbildfunktion auch von Eliten. Und Eliten sind nicht immer die anderen, sondern jeder ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten. Wenn wir uns schnell darüber verständigen, dass wir keine Eliten haben, dann liegt es nicht an anderen, sondern an uns selbst.

Man kann über Zukunftsfragen deutscher Politik nicht reden, ohne auch Europa zu erwähnen. Ich glaube, wir sollten uns stärker die Bedeutung der Wahrnehmung unserer äußeren Interessen klarmachen und stärker mit den Fragen beschäftigen, wie sich dieses Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, in der Welt darstellt und wie wir die Voraussetzung schaffen können, dass wir und andere in Frieden, Prosperität und relativer Stabilität leben können. Zu den bemerkenswerten Dingen gehört, dass wir in Deutschland auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern außenpolitische Fragen geringer wahrnehmen. Wir haben kaum eine breite außen- und sicherheitspolitische „Community“, kaum einen breiten Diskussionsprozess. So klagen wir über Amerika und meinen, die Amerikaner seien so introvertiert. Aber wir Deutsche sind, vielleicht auch als Folge unserer Geschichte in diesem Jahrhundert, noch stärker introvertiert und sehr selbstgenügsam.

Die Frage der Eingliederung, der Stabilisierung unserer Nachbarn in Osteuropa, die Frage, wie wir verhindern, dass der Krieg auf dem Balkan fortgesetzt wird oder Nachahmer findet, sind nicht Themen unserer Barmherzigkeit

gegenüber anderen. Die Frage, ob Polen stabil bleibt, ist von vitalem Interesse für die Zukunft unseres Landes. Deswegen ist die Frage der Stabilisierung Mitteleuropas eine der Zukunftsfragen deutscher Politik, und deswegen liegt die Frage der Überlebensfähigkeit von Europäischer Union und NATO in unserem eigenen Interesse. Daher müssen die Chancen und die Aufgabe deutscher Politik darin bestehen, die europäische Einigung unumkehrbar zu machen und die atlantischen Bindungen dabei zu erhalten; dies ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben.

Wir müssen begreifen, dass unser Land keine gute Zukunft haben wird, wenn wir uns ausschließlich auf uns selbst konzentrieren und uns nicht für andere verantwortlich fühlen, weil derjenige, der in einem höheren Wohlstand als andere lebt, dann, wenn er ihn bewahren will, ein Interesse daran haben muss, dass das ökonomische, ökologische, soziale und politische Gefälle, das Jalta in Europa hinterlassen hat, so rasch wie möglich überwunden wird. Und dass wir die Chance dieser Veränderung auch nutzen! Denn wenn wir die Chancen, die uns die Geschichte 1989/90 geboten hat, nicht nutzen in dem Sinne, dass wir jetzt Europa insgesamt einen, würden wir unsere Zukunftsfähigkeit entscheidend verringern.

13.

Ich habe schon oft darüber nachgedacht, was aus der Bundesrepublik Deutschland geworden wäre, wenn wir die Chance der Wiedervereinigung verspielt hätten. Wenn unsere freiheitliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland den Wunsch der Mehrzahl unserer Landsleute in der damaligen DDR, unseren Wohlstand mit ihnen zu teilen – was uns Baden-Württembergern bekanntlich schwer fällt, denn wir sind mehr für die Großzügigkeit anderer – dies unterscheidet uns von den Hanseaten –, mit einem Nein beantwortet hätte, fürchte ich, wären die Leidtragenden weniger die Menschen in der damaligen DDR gewesen. Wir wären es gewesen, weil wir mit einer solchen Entscheidung zum Ausdruck gebracht hätten, dass wir nicht an unsere Zukunft glauben. Denn wer sich selbst nichts zutraut, der setzt auch wenig Vertrauen in die Zukunft. Deswegen sage ich: Wenn die Europäer – und wir Deutsche zuerst, denn wir liegen in der Mitte – sich heute nicht zutrauen, die Chance der Einigung Europas zu nutzen und dafür auch vieles an Unangenehmem – bis hin zur Aufgabe der D-Mark – in Kauf zu nehmen bereit sind, ist sie vertan. Ich bin der festen Überzeugung: Die europäische Währung ist ökonomisch richtig, auch wenn die Meinungen darüber unterschiedlich sind. Das aber ist heute Abend nicht mein Thema, doch das es eine ungeheure Veränderung für die Menschen bedeutet, weiß ich. Und ich bin mir darüber im Klaren, dass dieses Thema umso stärker diskutiert wird, je mehr die Entscheidung naht.

Gleichwohl betone ich: Für mich gehört zu den Zukunftsfragen deutscher Politik, ob wir uns darüber verständigen können, dass wir solche Chancen nutzen. Denn ich glaube, wenn wir dieses Zutrauen und diesen Mut zur Zukunft nicht hätten, dann würden wir auch nicht die notwendige Kraft haben, im globalen Wettbewerb weiter zu bestehen. Und dabei handelt es sich nicht nur um einen ökonomischen Wettbewerb, sondern es geht auch um politische und soziale Rahmenbedingungen, in denen wir zu leben haben. Die asiatischen Gesellschaften sind überwiegend junge Gesellschaften. Wenn Sie sich internationale Bevölkerungsstatistiken einmal anschauen, insbesondere die Altersschichtungen, und wenn Sie dann auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft abstellen und die ungeheure Disziplin in der asiatischen Gesellschaft berücksichtigen, dann bekommen Sie einen raschen Eindruck von deren vorderem Platz in der Rangliste nachrückender Volkswirtschaften.

Dabei wird aber auch eines deutlich, was wir nicht wollen: nämlich die Dominanz kollektiver Ansprüche gegenüber dem Individuum. Wir sollten auf unsere abendländische, unsere europäische Freiheitstradition stolz sein und offensiv dafür eintreten. Wenn wir nicht den Mut dazu finden, uns das zuzutrauen, dann ist es um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht mehr

zum Besten bestellt.

Biedenkopf hat vor etwa zehn Jahren in der „ZEIT“ einen klugen Aufsatz geschrieben über die Frage: „Wie soll sich das atomare Patt auflösen?“ Es sei ja für die Sicherheit ganz gut, aber irgendwann müsse es sich auflösen, denn ewig könnte es ja nicht bestehen. Keiner wusste eine Antwort, aber heute ist es weg! Wenn wir nicht die Kraft finden würden, solche Chancen, die uns die Geschichte bietet, zu nutzen, und den notwendigen Mut dazu aufbringen, würde ich für die Zukunft der freiheitlichen Gesellschaft pessimistisch sein.

Deswegen werbe ich dafür, dass sich an diesen Zukunftsaufgaben deutscher Politik vieles entscheidet, auch in der praktischen Ökonomie. Und dass wir in der Politik unseren Beitrag leisten müssen in Respekt vor den Meinungen anderer, in der Bereitschaft, Kritik zu ertragen, politische Auseinandersetzungen durchzustehen, sensibel zu sein, aber in dem Wissen, dass wir es nicht allein können, weil es nicht unsere Vorstellung von Demokratie ist, dass Politik allein solche Entwicklungen beherrschen oder führen kann.

Daher werbe ich für möglichst viel Zustimmung zu einem solchen Weg von Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsfreude und Zukunftsmut – herzlichen Dank. ■